

*PD*  
**PATRICK  
DÖRING**  
NEWSLETTER

**VIER GUTE JAHRE FÜR  
DEUTSCHLAND**

SEITE 08

Wirtschaft und Finanzen.

**PATRICK DÖRING IM  
INTERVIEW**

SEITE 20

Thüringer Allgemeine.

**WAHLKAMPF-  
VERANSTALTUNGEN**

SEITE 38

Termine in Niedersachsen.



## BUNDESTAG

### **VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND 08**

Wirtschaft und Finanzen.

### **SOMMERTOUR 12**

FDP-Bundestagsfraktion bereist  
75 Stationen in ganz Deutschland.

### **FÜR EIN LAND IN FREIHEIT 16**

Gastbeitrag vom Vorsitzenden der  
FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle.

## PARTEI

### **PATRICK DÖRING IM INTERVIEW 20**

Thüringer Allgemeine.

### **MEINE NEUE INTERNETSEITE IST ONLINE 28**

Zu Beginn der Sommerpause wurde  
www.patrick-doering.de grundlegend  
überarbeitet.

### **PATRICK DÖRING IM INTERVIEW 32**

Neue Osnabrücker Zeitung.

## BUNDESTAGSWAHL 2013

### **AKTIONSWOCHE BILDUNG 36**

Bildung ist die Grundlage, dass jeder  
Mensch seine Fähigkeiten voll entfalten  
kann.

### **WAHLKAMPFVERANSTALTUNGEN 38**

Termine in Niedersachsen.

## IMPRESSUM

### **KONTAKT 41**

Ihr direkter Draht nach Berlin.



## Liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit,

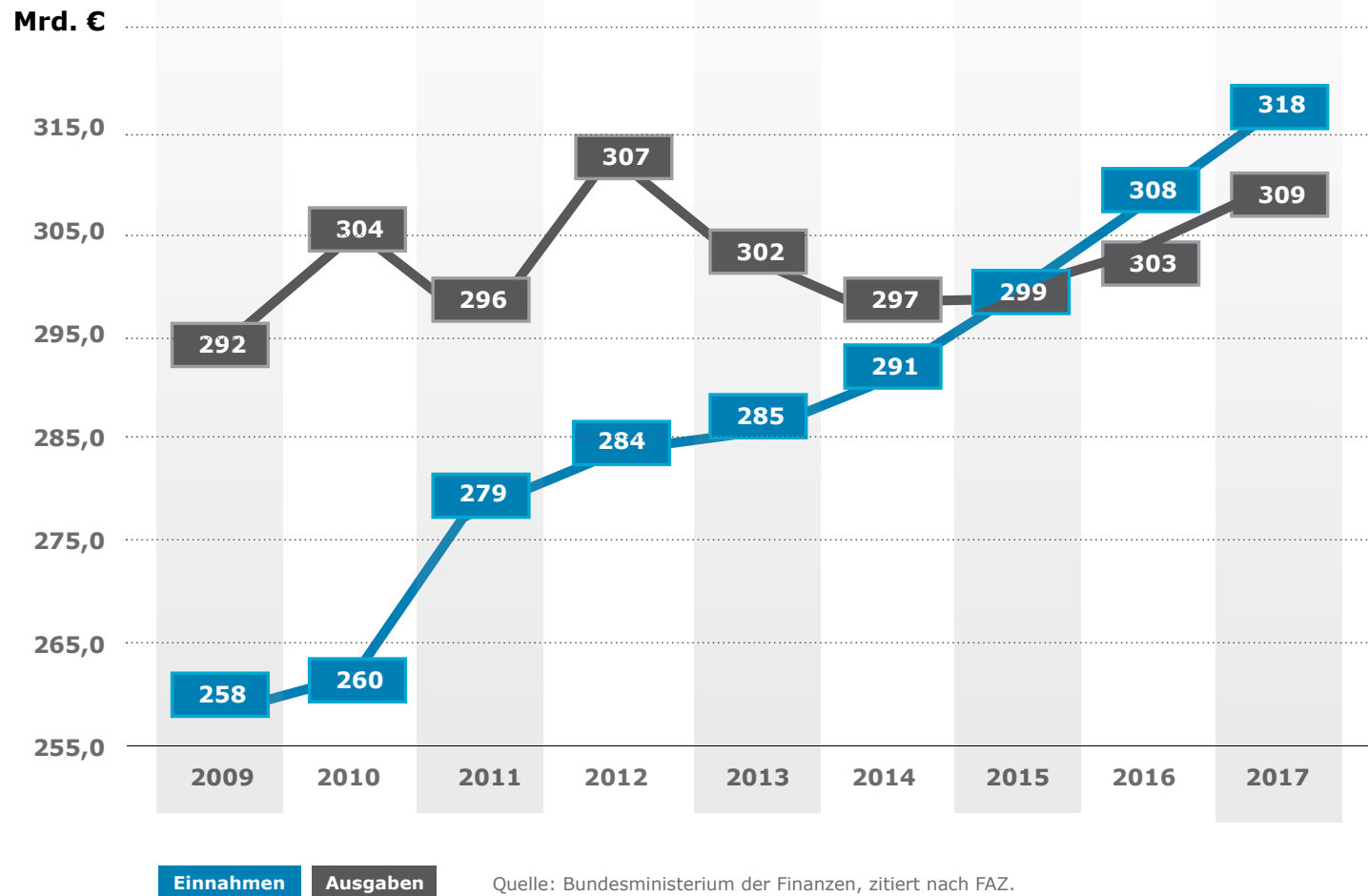
5 Wochen vor der Bundestagswahl hat die heiße Wahlkampfphase begonnen: Die Städte werden plakatiert, es wird scharf geschossen und die SPD schlägt abermals irrwitzige Kapriolen. So ließen Steinbrück und Gabriel am Wochenende verlauten, dass sie vielleicht doch keine Steuern erhöhen möchten. Oder erst erhöhen und dann ganz schnell wieder senken. Also, was denn nun?

Ich freue mich, dass wir als Liberale klar auf Kurs sind! Rainer Brüderle, Philipp Rösler und ich erfahren derzeit auf den zahlreichen Veranstaltungen in

ganz Deutschland viel Zuspruch. Und wir stellen fest, dass die Menschen verstanden haben, dass nur mit einer Fortführung der schwarz- gelben Koalition die Erfolgsgeschichte der letzten Jahre fortgeschrieben werden kann. Daher können wir als FDP sagen: Nur mit uns geht es Deutschland gut!

*Uns und Euch  
Philipp G.*

# Vier gute Jahre für Deutschland



**G**ute Rahmenbedingungen, fairer Wettbewerb, stabiles Geld und Planungssicherheit sind Grundsteine für eine gesunde Wirtschaft und neue Arbeitsplätze.

Solide Staatsfinanzen machen Deutschland unabhängig von Spekulationen an den Finanzmärkten und sorgen dafür, dass wir auch in Zukunft finanzielle Spielräume für Investitionen haben. Bei unserer Wirtschaftspolitik haben wir auf stabile Rahmenbedingungen geachtet, damit erfolgreiche Unternehmen auch gute Gewinne erzielen können. Auch in Krisenzeiten setzen wir auf Wettbewerb und nicht auf unangemessene staatliche Eingriffe und bauen Subventionen ab. Und wir haben das Engagement der deutschen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern gefördert.

**WIR HABEN:**

- Für stabile Rahmenbedingungen bei Arbeits- und Energiekosten gesorgt.
- Die Wirtschaft unter anderem mit der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte und der Vereinfachung des Bilanzrechts von Bürokratie entlastet.
- Die Subventionen für Solarstrom mit der Senkung der Einspeisevergütung von 43 Cent/kWh auf 16 Cent/kWh abgebaut. Wir sorgen damit für mehr Wettbewerb.
- Staatshilfen in Milliardenhöhe für Missmanagement in Konzernen (Opel, Karstadt, Schlecker) verhindert.
- Mit der Zulassung von Fernbuslinien mehr Wettbewerb im Reisefernverkehr geschaffen.
- Die Entwicklungszusammenarbeit mit der Fusion der drei Durchführungsorganisationen unter dem Dach der Gesellschaft für Internationale Zu-

*sammenarbeit (GIZ) effizienter und besser steuerbar gemacht.*

- Für das Engagement der deutschen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern die „Servicestelle Wirtschaft“ gegründet.

Unsere vernünftige Finanzpolitik hat Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder in Einklang gebracht. Zum ersten Mal gibt der Staat am Ende der Wahlperiode weniger Geld aus als zu Beginn. Für 2014 haben wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Damit haben wir die Schuldenpolitik auf Kosten zukünftiger Generationen beendet.

**DAMIT SIE VERNÜNFTIG ARBEITEN KÖNNEN, TREFFEN WIR VERNÜNFTIGE ENTSCHEIDUNGEN.**

Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten, die Mitauslöser der Finanzkrise waren, haben wir mit gezielten Eingrif-

fen zur Finanzmarktregulierung korrigiert. Unser Ziel ist es, unkalkulierbare Risiken zu begrenzen und die dienende Funktion der Finanzmärkte für die Realwirtschaft wieder zu stärken. Wer Gewinne macht, muss auch für Verluste geradestehen.

**WIR HABEN:**

- Mit verpflichtenden Sanierungs- und Abwicklungsplänen für Banken, dem Restrukturierungsgesetz und mit einer effektiven Aufsicht für eine bessere Risikovorsorge gesorgt.
- Die Stärkung der Eigenkapitalbasis und Liquiditätsvorsorge bei Finanzinstituten und Versicherungen vorange-trieben.
- Die Bankenabgabe eingeführt.
- Eine bessere Kontrolle des Hochfrequenzhandels durchgesetzt und ungedeckte Leerverkäufe verboten.
- Die Aufsicht bei Ratingagenturen verschärft.

- Durch mehr Transparenz und verbesserte Haftung der Vermittler einen effektiveren finanziellen Verbraucherschutz hergestellt.



# Die Sommertour der FDP-Bundestagsfraktion



Bilder: FDP Bundestagsfraktion

**D**eutschland hat vier gute Jahre mit einer starken FDP-Bundestagsfraktion erlebt. „Vier gute Jahre“ – unter diesem Slogan stand auch die diesjährige Deutschlandtour. Zum siebten Mal nutzte die FDP-Bundestagsfraktion die parlamentarische Sommerpause, um mit Bürgern in ganz Deutschland in Kontakt zu treten. Mit 75 Stationen war dies die bislang größte Reise. Im Rahmen unserer Deutschlandtour luden die FDP-Bundestagsabgeordneten zum Sommerdialog über

die Themen ein, die auch in der Zukunft den Markenkern liberaler Politik ausmachen werden: Entlastung, Vernunft, Stabilität, Aufstieg, Sicherheit und Freiheit.

Heute können wir auf vier gute Jahre zurückblicken. Deutschland ist die Wachstumslokomotive in Europa, die Beschäftigung ist auf Rekordniveau, die Renten und Reallöhne steigen und unsere Staatsfinanzen sind endlich wieder solide.

Wir haben die Rentenbeiträge gesenkt, die Praxisgebühr abgeschafft, für ausgeglichene Haushalte und stabiles Geld gesorgt. Wir haben die Eurobonds verhindert und 13 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung investiert, die Vorratsdatenspeicherung verhindert und die Wehrpflicht ausgesetzt.

Das ist das Ergebnis der harten Arbeit der Menschen in unserem Land – und der richtigen politischen Entscheidungen in den vergangenen vier Jahren.

Die FDP im Deutschen Bundestag ist in diesen vier Jahren ihren politischen Grundsätzen treu geblieben.

Mit Überzeugungen, Mut und Ausdauer haben wir viele kleine und große Erfolge für unser Land erreicht. Wir haben Deutschland wieder ein Stück liberaler gemacht.



# Sommerdialoge

Die FDP-Bundestagsfraktion auf Deutschlandtour

VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND





**Rainer Brüderle**

*Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion*

## Für ein Land in Freiheit

**Gastbeitrag von Rainer Brüderle.**

**Faire Chancen für alle und Hilfen für Schwächere, damit ein selbstbestimmtes Leben in materieller Sicherheit möglich wird.**

**D**ie Grundlage jeder gerechten Ordnung ist ein Leben in Freiheit. Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger in der friedlichen Revolution 1989 gekämpft. Dieser starke Freiheitsdrang brach sich in Demonstrationen in Leipzig und Berlin, aber nicht zuletzt auch in Erfurt, Jena oder Weimar unaufhaltsam Bahn. Für uns Liberale ist



es eine tägliche Aufgabe, unsere demokratische Gemeinschaft zu erhalten, die persönliche Entfaltung und verantwortungsbewusstes Miteinander zugleich fördert.

Die liberale Philosophie einer sozialen Gesellschaft sieht vor, den Menschen die nötigen Werkzeuge an die Hand zu geben, ein selbstbestimmtes Leben in materieller Sicherheit und Gerechtigkeit zu leben. Wir sind fest davon überzeugt, dass jeder einzelne Mensch am besten weiß, was er benötigt. Somit ist unser Ansatz eben keine Gleichmacherei. Wir wollen faire Chancen für alle und Hilfen für jene, die nicht aus eigener Kraft am wirtschaftlichen und so-zialen Leben teilhaben können.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell für Deutschland, das uns vor allem auch in den letzten vier Jahren schwarz-gelber Koalition gut durch die Krise gebracht und zum Spitzenreiter in Europa gemacht hat.

Dabei sind für uns Liberale drei Dinge zentral: Die Wahrung der Geldwertstabilität und eine gerechte Besteuerung der Menschen in unserem Land, breite Beschäftigungsmöglichkeiten für jede Frau und jeden Mann zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie eine gute Bildung für alle.

Die sehr gute Lage am Arbeitsmarkt ist für uns Ansporn. Durch eine flexible und innovative Gestaltung des Arbeitslebens wollen wir mehr Menschen in Jobs bringen. Dazu ist ein lebenslanges Lernen und die Ausbildung von Fachkräften ein entscheidender Faktor.

**Wichtig ist aber auch, dass den Bürgerinnen und Bürgern etwas von ihrem verdienten Geld bleibt.**

Durch unser konsequentes Eintreten für Steuerentlastungen wollen wir geringen und mittleren Einkommen mehr Spielräume lassen. Denn hohe Steuern sind leistungsfeindlich, verhindern soziale Mobilität und belasten gerade geringe und mittlere Einkommen überdurchschnittlich. Und damit Lohn erhöhungen nicht gleich wieder aufgefressen werden, wollen wir steuerliche Nachteile für die Mittelschicht wie die kalte Progression bekämpfen.

Gerecht bedeutet für uns, nicht auf Kosten der kommenden Generationen zu wirtschaften. Deswegen haben wir in der christlich-liberalen Koalition mit Instrumenten wie der Schuldenbremse nachhaltige Haushaltskonsolidierung betrieben. Mit einem strukturell ausgeglichenen Etat 2014 werden wir einen weiteren wichtigen Schritt machen, der auch unsere Währung stark hält. Denn Geldwertstabilität ist stille Sozialpolitik - und stabiles Geld schützt diejenigen, die am meisten von Altersarmut bedroht

sind: Menschen mit einem kleinen Sparbuch, Geringverdiener, Rentnerinnen und Rentner.

**Eine gerechte Gesellschaft ist für uns ein Ort, der gleiche Bildungschancen für alle ermöglicht.**

Zusammen mit Instrumenten wie einem höherem BaFöG, unserem Deutschlandstipendium oder dem Bildungssparen als Ergänzung des Betreuungsgelds wollen wir schon früh den Grundstein zu einem glücklichen und erfolgreichen Leben setzen.

Veröffentlicht in der „Ostthüringer Zeitung“.

# Patrick Döring im Interview

**TIM OBERMANN:**

**Der amerikanische Geheimdienst kann unsere Internet-Daten in Deutschland ausspionieren. Das hat Edward Snowden aufgedeckt. Die USA verfolgen ihn nun als Verbrecher. Hätte Deutschland ihm nicht helfen sollen?**

Ich glaube, dass die Enthüllungen von Edward Snowden über die Überwachungstätigkeiten der USA ein zweischneidiges Schwert sind. Damit hat er auch dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus geschadet. Das spielt all jenen in die Hände, die es nicht gut mit den westlichen Demokratien meinen. Geheimnisverrat in diesem sensiblen Bereich birgt Gefahren.

**Thüringer Allgemeine, 11.08.2013.**

**Der FDP-Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion PATRICK DÖRING gab der „Thüringer Allgemeinen“ das folgende Interview.**

**Fragen/Bericht: SCHÜLER UND STUDENTEN AUS THÜRINGEN.**



... **TIM OBERMANN: Finden Sie es denn legitim, dass die Amerikaner uns ausspionieren können?** ...

Das wäre illegal und müsste die Bundesregierung verhindern. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, wir könnten gänzlich auf jegliche Art von Geheimdiensttätigkeit verzichten. Denn das würde nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bedeuten. Geheimdienste müssen jedoch parlamentarisch kontrolliert werden. Das Parlament muss sagen können, was sie dürfen und was nicht. Bundestagsgremien müssen vertraulich darüber wachen. Das ist meine Vorstellung vom Umgang eines demokratischen Rechtsstaates mit den Geheimdiensten.

... **JAN SIEGEMUND: Schadet die Affäre Snowden den Deutsch-Amerikanischen Beziehungen?** ...

Ich bin froh, dass die Diskussion keinen anti-amerikanischen Zungenschlag bekommen hat. Die Amerikaner sind

außerhalb Europas unsere wichtigsten Verbündeten. Wir haben nach den Anschlägen vom 11. September betont, gemeinsam den internationalen Terror bekämpfen zu wollen. Dieses Ziel verfolgen wir weiterhin im Einklang mit geltendem Rechts und mit Sensibilität gegenüber den Daten unserer eigenen Bevölkerung. Es wäre inakzeptabel mit den Amerikanern über ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA zu verhandeln, wenn sie Wanzen in den Räumen der Europäischen Union angebracht hätten. Bis heute gibt es jedoch keinen Beweis dafür, dass zum Beispiel die EU-Behörden und EU-Botschaften von der NSA abgehört wurden.

... **FELIX BARGFELD: Warum lehnt die FDP Mindestlöhne ab?** ...

Die FDP ist nicht gegen Mindestlöhne. Wir haben sogar in einigen Branchen tarifliche Mindestlöhne geschaffen. Uns ist jedoch ein Tarifvertrag lieber, der von den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden ausgehandelt wird.

Ein politischer Mindestlohn, ausgekündigt von Parteien und Abgeordneten des Deutschen Bundestags, ist hingegen schädlich und passt nicht in unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die Tarifpartner ein Stück weit zum Handeln motivieren. Beide Seiten müssen die Kraft aufbringen, um Tarifverträge abzuschließen. Dabei sind branchenspezifische und regionalen Unterschiede zu beachten: Man kann nicht einen Zwei-Mann-Betrieb im Thüringer Wald mit einem Hunderttausend-Mann-Betrieb in Wolfsburg vergleichen. Würde die Politik hier mit einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn eingreifen, gingen viele Arbeitsplätze bei kleinen und mittleren Betrieben verloren.

... **FRANZISKA HECHT: Was halten Sie vom Vorschlag der Grünen, einen fleischfreien Tag pro Woche in deutschen Kantinen einzuführen?** ...

Politik muss sich um die wesentlichen Dinge kümmern. Dazu gehört sicher

nicht die Frage, wann wir Fleisch essen oder nicht. Wir sind eine aufgeklärte und freie Gesellschaft, jeder kann das selbst entscheiden. Die meisten Kantinen und Mensen bieten bereits vegetarische Alternativen an. Dafür braucht es kein Gesetz, keine Verordnung und keine Partei, die das mit erhobenem Zeigefinger vorschreibt.

... **FELIX BARGFELD: Wie stehen sie zum Modell inklusiver Schulen?** ...

Inklusion ist für die Gesellschaft äußerst wohltuend. Auch wenn damit Herausforderungen auf uns alle zukommen. Ich glaube, dass auch weiterhin ein besonderer Förderbedarf für Kinder mit Lernschwächen besteht. Eltern, die ihre Kinder auf eine inklusive Schule schicken wollen, sollten das tun können. Aber auch Förderschulen sollten bestehen bleiben.



**KATHLEEN RÖDGER: Der Solidaritäts-Pakt läuft 2019 aus. Schon wird in Thüringen über eine Weiterführung debattiert.**

Die FDP will, dass spätestens 2019 mit dem Solidarpakt auch der Soli endet. Aber wir müssen heute schon entscheiden, wie wir das machen wollen. Neue Schulden darf es nicht geben. Ich plädiere daher für einen schrittweisen Abbau des Soli-Zuschlags, der so schnell wie möglich beginnen muss. Das entlastet spürbar die Mitte der Gesellschaft.

**KATHLEEN RÖDGER: Ist denn Geld dafür vorhanden? Wir befinden uns doch immer noch in einer Finanz-Krise.**

Trotz der Krise haben wir Rekord-Steuerereinnahmen in Deutschland. Sobald es Überschüsse gibt, wollen wir mit diesem Geld die Belastung der Bürger zurückfahren. Denn die Bürger lechzen nicht gerade nach neuen Steuererhö-

hungen. Stattdessen verlangen sie vom Staat völlig zu Recht, dass er mit dem Geld auskommt, das ihm zur Verfügung steht. Das Mandat dazu wollen wir uns im Wahlkampf erstreiten.

**JAN SIEGEMUND: Und wie sollen wir mit der Schuldenkrise umgehen?**

Die Krise haben die Länder verursacht, die massenhaft Geld brauchten, um ihre politischen Versprechungen zu erfüllen. Deshalb ist es unser Ziel, eine Schuldenbremse für alle Länder der Währungsunion einzuführen. Stabilität und Wachstum in Europa wird nur dauerhaft geben, wenn alle Länder auf Schulden verzichten.

**JAN SIEGEMUND: Wie weit ist die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften vorangeschritten? Was muss noch erreicht werden?**

Trotz vieler Diskussionen innerhalb der

Koalition haben wir einiges erreicht, etwa bei der Grundsteuer, der Erbschaftssteuer und bei Fragen zum Besuchsrecht in Krankenhäusern. Auch bei der Einkommenssteuer haben wir die Gleichstellung erlangt, die wir wollten.

Vor uns stehen noch zwei größere Aufgaben: Das Adoptionsrecht muss angeglichen werden. Und homosexuelle Lebenspartnerschaften müssen auch in allen anderen Rechtsbereichen der Ehe gleichgestellt werden. Ich denke, das wird uns gelingen.

**FRANZISKA HECHT: Wie können Sie das stressige Politikerleben mit ihrem Familienleben vereinbaren?**

Meine Frau und ich haben noch keine Kinder, daher habe ich es erheblich einfacher als die Kolleginnen und Kollegen mit Nachwuchs. Planung ist alles. Mein Büro-Team bastelt mir meine Termine in den Kalender, von 7 Uhr morgens bis 22 Uhr am Abend. Aber ich kann mir auch mal ein langes Wochenende freihalten.

Dann nutze ich die Zeit mit meiner Frau, meinen Eltern und meinen Freunden. Auf diese Erholungsphasen kann gerade in der Politik niemand verzichten. Bis zur Wahl habe ich nur noch einen freien Sonntag ohne Termine.

**KATHLEEN RÖDGER: Während des Wahlkampfs reisen sie viel in Deutschland herum. Wo hat es Ihnen am besten gefallen?**

Am schönsten ist es schon dort, wo ich mich besonders gut auskenne und das ist in meinem Heimatland Niedersachsen. Das Schöne am Wahlkampf ist, dass ich viel lerne und Städte besuchen kann, die ich sonst gar nicht kennenlernen würde. Das macht Spaß. Ich bin relativ viel in den neuen Bundesländern unterwegs. Von Hannover aus sind sie gut über den Harz und durch das Eichsfeld zu erreichen.

**KATHLEEN RÖDGER: Ist die politische Arbeit im Bundestag eher ein Miteinander oder ein Gegeneinander?**

Da muss man zwischen Koalition und Opposition unterscheiden. Innerhalb der Koalition ringen wir um den besten Weg, aber es gibt eine Grundeinigkeit über das Ziel. Es ist nicht immer gleich Streit, wie es oft in den Medien heißt. Diskussion gehört zum Parlamentsbetrieb. Wir arbeiten auch viel über die Grenzen von Koalition und Opposition hinaus miteinander. Unser parlamentarischer Alltag ist viel mehr von Problemlösungen geprägt, als von der Frage, wie sich eine Partei oder ein Politiker profilieren kann. Doch alles, was ohne Streit verabschiedet wird, findet in den Medien kaum Beachtung. Eine Profilierung der Parteien findet vor allem über Themen statt. Deshalb gibt es Leute wie mich, die weniger regierungsgebunden sind und daher den Konsens mit der Regierung nicht so sehr im Vordergrund steht. Für mich geht es mehr um die Frage, ob meine Partei am Ende mit der Lösung zufrieden sein kann.

**FELIX BARGFELD: Welchen Wert messen sie der Online-Plattform Facebook bei?**

Ich habe dort eine Fanseite, die ausschließlich meine Mitarbeiter betreuen. Das ist eine Möglichkeit zu zeigen, wo ich bin, was ich tue und was ich zu bestimmten Fragen denke. Für die politische Kampagne ist es von Vorteil, dass man dort in Echtzeit und unabhängig von anderen Medien einem Kreis von Interessierten etwas mitteilen kann. Viele sind dort wiederum mit anderen verlinkt, Facebook ist wie ein Hebel, um sehr viele Menschen zu erreichen. Doch der Wahlkampf im Internet kann nicht die Aktivität in der realen Welt ersetzen. Ich gehe natürlich auch weiterhin persönlich auf die Menschen zu. Privat habe ich allerdings keine Facebook-Seite, weil ich nicht wüsste, wann ich mich darum kümmern sollte. Außerdem denke ich, dass manches Private privat bleiben sollte.

**TIM OBERMANN: Wie denken Sie über die 5-Prozent-Hürde, die es kleinen Parteien schwer macht, in den Bundestag gewählt zu werden?**

Es war eine kluge Entscheidung des Gesetzgebers nach den Erlebnissen der Weimarer Republik, die Hürde einzuführen. Er wollte eine Zersplitterung des Parteienwesens nicht erneut in Kauf nehmen. Die Hürde stärkt die parlamentarische Arbeit und übt gleichzeitig einen gewissen Druck auf die Parteien aus, ein Mindestmaß an Konsens anzustreben. Für das nationale Parlament hat sich das bewährt. Bei Kommunalwahlen ist es gut, dass es die Hürde weitestgehend nicht mehr gibt. Denn in der Politik vor Ort muss die Beteiligung an kommunalen Entscheidungen so einfach wie möglich sein, damit viele mitmachen.

**TIM OBERMANN: Guido Westerwelle hatte im Wahlkampf einmal „18 Prozent“ unter seiner Schuhsohle stehen, das angestrebte Wahlergebnis der FDP. Welche Prozentzahl steht bei ihnen?**

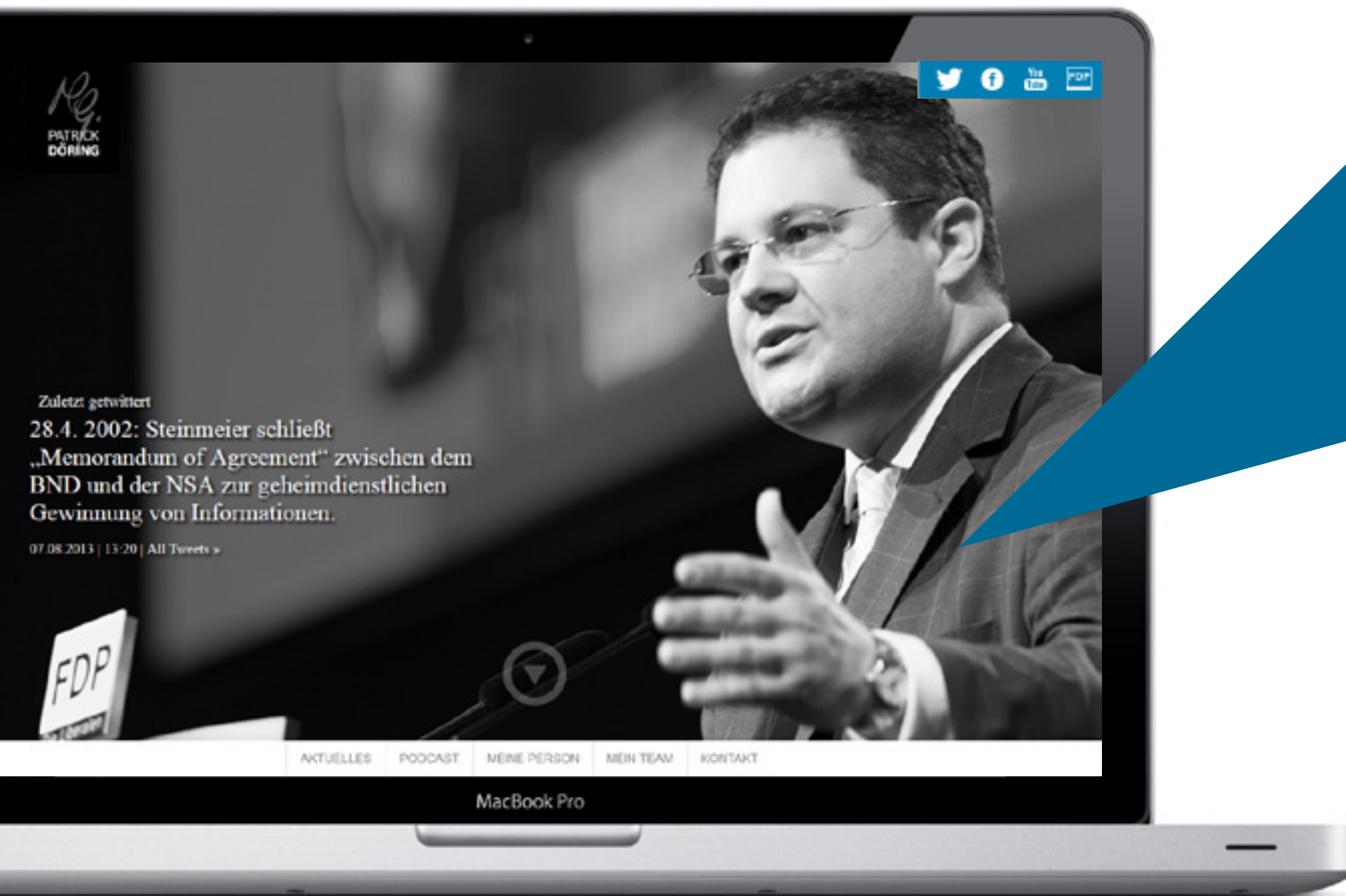
Meine amerikanische Schuhgröße ist 9 1/2, damit kommen wir der Sache wohl schon näher.



Die Liberale Depesche (kurz **elde**) ist das Magazin für politisch engagierte und interessierte Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie richtet sich an Leser mit einem liberalen Lebensgefühl und einer freiheitlichen Vorstellung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

→ Hier eine **KOSTENLOSE PROBEAUSGABE** der **elde** bestellen.

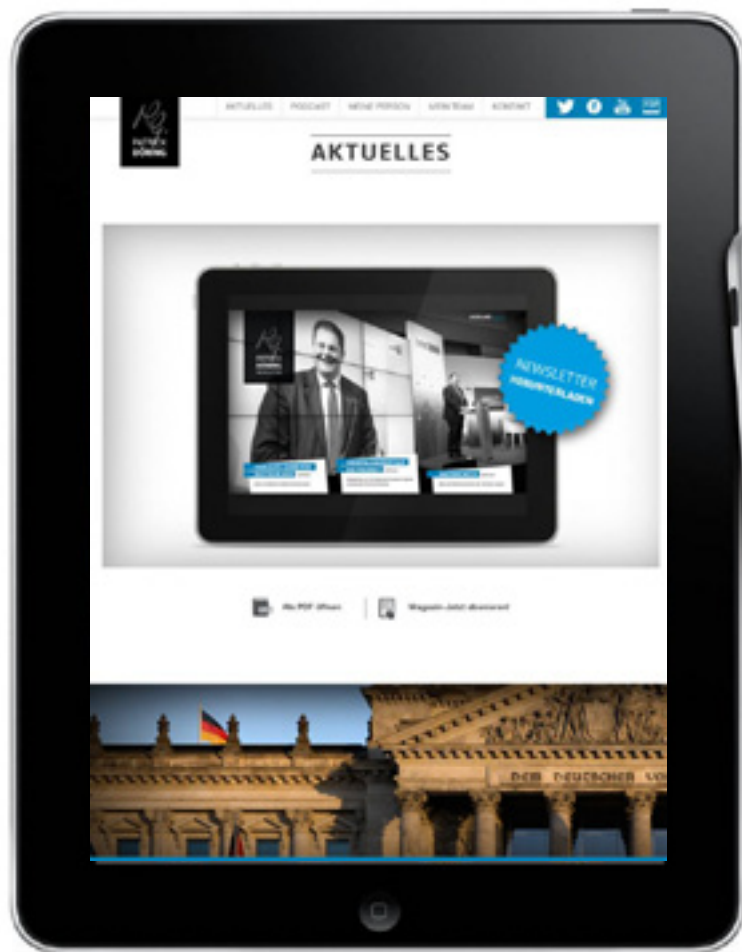
→ Oder gleich die **elde** **ABONNIEREN**.



## Meine neue Internetseite ist online

Den Beginn der Sommerpause nutzen mein Team und ich, um meine Homepage [www.patrick-doering.de](http://www.patrick-doering.de) grundlegend zu überarbeiten.

Im Vordergrund stand für uns dabei eine möglichst einfache und übersichtliche Bedienung. Archive wurden entrümpelt, Berichte aktualisiert und die Menüführung deutlich entschlackt. Neu ist zudem



die Rubrik Podcasts, in der ich in regelmäßigen Abständen Stellung zu tagesaktuellen Themen beziehe. So möchte ich Sie und Euch noch besser auf dem Laufenden halten und in den politischen Prozess einbeziehen.

**Ein Blick auf die neue Homepage lohnt sich also.**





# Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

Berlin, 10.08.2013.

Fragen: BEATE TENFELDE.

**Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet für Griechenland einen neuen Schuldenchnitt - anders als im März 2012 treffe es den deutschen Steuerzahler mit einer zweistelligen Milliardenbelastung. Kommt es so im Herbst?**

Da wird viel spekuliert. Schon 2012 war das so. Ich warne vor Schwarzmalerei. Das hilft weder den Griechen noch uns. Ich höre, dass Griechenland willens und in der Lage ist, die Vorgaben der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds zu erfüllen. Das ist die Geschäftsgrundlage.

**Wo bleibt die von der FDP die angekündigte Durchforstung der Mehrwertsteuersätze? Die zuständige Kommission hat nicht ein einziges Mal getagt...**

Alle politischen Parteien sind sich einig,

dass Brot und Butter nicht verteuern werden sollen - und auch nicht Busfahrkarten, Bücher, Zeitungen, Kinotickets oder Trinkwasser. Mieten sollen ebenso wenig umsatzsteuerpflichtig werden. Am Ende bleiben also wenige und zugegeben kaum verstehbare Ausnahmeregelungen übrig, die einmal zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen eingeführt wurden. Ich plädiere daher für eine europäische Harmonisierung der mehrwertsteuerlichen Behandlung. Das würde Wettbewerbsverzerrungen beseitigen und weitere deutsche Debatten erübrigen.

**Die FDP ist hier mit starken Ansagen angetreten...**

Das ist wahr. Wenn jedoch am Ende die Debatte auf Schnittblumen und Hundefutter reduziert wird, sind große Reformen nicht zu machen. Und eine Pauschallösungen, also alle Ausnahmen aufzuheben und für alle Produkte einen



reduzierten Einheitssatz festzulegen, bewirkt allein bei Brot und Butter eine zehnpromzentige Preiserhöhung. Da wird sich der Applaus der Bürgerinnen und Bürger sehr in Grenzen halten.

**Themenwechsel: Die FDP ist laut ARD-Deutschlandtrend wieder auf fünf Prozent. Wie konnte das passieren?**

Wir haben uns personell und inhaltlich klar aufgestellt und verkörpern das Gegenprogramm zu den rot-grünen Steuererhöhungs- und Bevormundungsplänen. Es ist doch absurd, den Menschen vorschreiben zu wollen, wann sie Fleisch essen und wann nicht. Und je näher der Wahltag rückt und umso deutlicher werden die Alternativen sichtbar. Und die wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht. Das lässt das Angebot der FDP wieder etwas heller strahlen als vor einem Jahr. Klar ist: Wir wollen an die vier guten Jahre vier weitere gute anschließen.

**Muss Ihr Spitzenkandidat Rainer Brüderle wegen Krankheit auf Straßenwahlkampf verzichten?**

Wenn Mitte August der Straßenwahlkampf startet, wird Rainer Brüderle mit gewohnter Kraft für die Liberalen werben und unser Zugpferd sein. Er wird täglich fitter. Zudem hat die FDP nach vier Regierungsjahren nicht mehr nur einen bundesweit bekannten Kandidaten wie 2009, als vor allem Guido Westerwelle im Mittelpunkt des erfolgreichen Wahlkampfes stand. Heute haben wir ein Team mit dem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler, seinen Kabinettskollegen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Guido Westerwelle, Daniel Bahr und Dirk Niebel und dem gesamten Präsidium, mit dem wir punkten können.

**Ist Guido Westerwelle wieder voll akzeptiert?**

Er ist doch nicht von einem Bannstrahl getroffen worden, als er den Parteivor-

sitz im Mai 2011 in einer schwierigen Phase abgab. Er ist ein wichtiges, sehr sichtbares und starkes Mitglied des Bundeskabinetts. Deshalb ist es nur logisch, dass er als Spitzenkandidat des stärksten FDP-Landesverbandes einen engagierten Wahlkampf führt und am 31. August auch in Osnabrück auftreten wird. Darüber freuen wir uns alle.

**Was halten Sie von der Absage der Linkspartei, Rot-Grün zu tolerieren und damit zur Regierung zu verhelfen?**

Ich gehe davon aus, dass die West-Linke marginalisiert aus dieser Wahl herauskommen wird. Die Ost-Linke arbeitet seit Jahren mit der SPD zusammen. Ich gebe auf diese Ankündigung deshalb gar nichts. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Linke den roten Teppich für die SPD schon bereit gelegt hat und nach der Wahl eilig ausrollen wird. Den werden Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier vielleicht meiden. Aber andere werden ihn auf jeden Fall

anschauen, wenn nicht sogar betreten.

**Meinen Sie SPD-Chef Sigmar Gabriel?**

Ich meine SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und andere.

**Was halten Sie vom Fahrplan der Grünen zur Energiewende? Ist das machbar oder nicht?**

Es fällt doch vor allem auf, dass die Grünen niemanden mehr haben, der für die Energiewende steht. Jürgen Trittin will lieber Finanzminister werden und Bürger und Unternehmen mit Steuererhöhungen beglücken. Für den hohen Strompreis will eben keiner verantwortlich sein. Die Grünen wollen nicht verstehen, dass die Überförderung der erneuerbaren Energien und das planwirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz das Kernproblem sind. Stattdessen zeigen sie auf energieintensive Unternehmen oder fordern eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Das kann nicht funktionieren.



# Aktionswoche zum Thema Bildung

Sechs Wochen vor dem 22. September 2013 haben wir die Schlussphase des Bundestagswahlkampfes unter dem Motto „Sechs Wochen kämpfen für die Freiheit“ eröffnet. Dabei setzen wir in jeder Woche einen thematischen Schwerpunkt. In der ersten Woche starten wir mit dem Thema Bildung.



Jetzt ansehen: Mein  
Interview zum Thema Bildung



**20. August - Oldenburg**

mit Christian Lindner ... mehr

**09. September - Oldenburg**

mit Patrick Döring & Dr. Philipp Rösler ... mehr

**09. September - Oldenburg**

mit Dr. Guido Westerwelle & Patrick Döring ... mehr

**23. August - Diepholz**

mit Birgit Homburger ... mehr

**31. August - Osnabrück**

mit Dr. Guido Westerwelle & Patrick Döring ... mehr

**09. September - Hannover**

mit Patrick Döring & Dr. Philipp Rösler ... mehr

**15. September - Braunschweig**

mit Patrick Döring, Dr. Philipp Rösler & Rainer Brüderle ... mehr

# Wahlkampf- veranstaltungen in Niedersachsen

**05. September - Göttingen**

mit Patrick Döring ... mehr

**31. August - Göttingen**

mit Patrick Döring ... mehr



## IMPRESSUM

### **BÜRO BERLIN**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 73510

Telefax: 030 / 227 76510

E-Mail: [patrick.doering@bundestag.de](mailto:patrick.doering@bundestag.de)

### **TITELBILD**

Philipp Wehrend

### **GESTALTUNG UND UMSETZUNG**

[www.nationaldesign.de](http://www.nationaldesign.de)